

Die

Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Senefelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Btg.-Katalog Nr. 2573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

Redaktion und Expedition.

Redaktion, Druck und Verlag: Konrad Müller, Schenck-Beipzig, wosin alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind. Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Bringung der Abonnementquittung, sowie Vereinstarifen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinstunft.

Kollegen! Agitiert für die Organisation und sorgt für die Stärkung des Kampffonds!

Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker und Formsteher!

Die Sperre wurde verhängt über die Firmen Gebr. Schlegel in Warmen, Dunke-Frankfurt a. M., Lenzer-Stettin und Genzsohn-Stettin, Fr. Diez in Düsseldorf, sowie über die Lithographie der Firma Schottländer in Breslau.

Bzug nach Berlin ist allgemein fernzuhalten; die Unternehmer versuchen in etlichen Ringfirmen an Stelle der im Streit gewesenen andere Arbeiter einzustellen. Arbeitskräfte sind hier genügend vorhanden. — Der Vorstand.

F. A.: Otto Sillier.

Ergebnis der statistischen Erhebungen im Formsteher- und Druckergerwebe pro 1896.

(Fortsetzung.)

An Wochenlöhnen sind bei Maschinendruckern angegeben: 1 10,50 Mk., 1 12 Mk., 1 13,50 Mk., 2 à 15 Mk., 1 à 16 Mk., 3 à 16,80 Mk., 6 à 17,50 Mk., 10 à 18 Mk., 1 19,50 Mk., 4 à 20 Mk., 6 à 21 Mk., 1 22 Mk., 2 à 23 Mk., 6 à 24 Mk., 2 à 25 Mk., 1 25,50 Mk., 1 26,50 Mk., 3 à 27 Mk., 2 à 28 Mk., 3 à 30 Mk. und 1 40 Mk. Bei 38 Maschinendruckern ist ein Lohn von 12—36 Mk. verzeichnet. Die niedrigsten Wochenlöhne werden in Würzen gezahlt, wo bei einem Maschinendrucker 10,50 Mk. angegeben sind; das ergiebt, bei 60stündiger Arbeitszeit, pro Stunde 17 1/2 Pf. In Dessau beginnen die Löhne der Maschinendruker mit 12 Mk. pro Woche; ebenso ist in Darmstadt ein Maschinendrucker mit 12 Mk. Wochenlohn angegeben und in Berlin desgleichen, das ergiebt bei 60stündiger Arbeitszeit pro Stunde 20 Pf. In Braunschweig ist ein Maschinendrucker mit 13,50 Mk. in Plagwitz und in Leipzig je 2 Maschinendruker und in Elberfeld einer mit 15 Mk. verzeichnet.

Der Accordverdienst beträgt bei 7 Maschinendruckern 13 Mk., bei 26 von 15—25 Mk. Der niedrigste Accordverdienst wird in Wylau erreicht, nämlich bei 7 mit à 13 Mk.; das ergiebt bei der dort üblichen 60stündigen Arbeitszeit pro Stunde 21 2/3 Pf.

An Wochenlöhnen sind bei Handdruckern angegeben 10 à 15 Mk., 11 à 17,50 Mk., 20 à 18 Mk., 4 à 20 Mk., 5 à 22 Mk., 2 à 22 Mk., 2 à 23 Mk., 7 à 24 Mk., 2 à 27 Mk., 18 à 25 Mk. Ferner sind noch angegeben 20 Handdrucker mit 12—21 Mk. Die niedrigsten Wochenlöhne für Handdrucker werden laut Angabe gezahlt in Bawinkel von 12 Mk. an; das macht bei 60stündiger Arbeitszeit pro Stunde 20 Pf.; in Braunschweig

1 Handdrucker 15 Mk., mithin, bei dort üblicher 63stündiger Arbeitszeit, pro Stunde 24 Pf. Ferner werden noch Handdrucker bei 60stündiger Arbeitszeit in Dessau, Crefeld und Chemnitz mit 15 Mk. pro Woche beschäftigt.

An Accordlöhnen sind bei Handdruckern angegeben 18 à 15 Mk. und 3 à 27 Mk. Ferner 149 Handdrucker von 15—42 Mk. pro Woche; der Accordverdienst der letzteren ist nicht einzeln angegeben. Die Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind sehr unvollständig vermerkt, sobald eine spezialisierte Angabe nicht möglich ist. Wochenlöhne sind bei Hilfsarbeitern angegeben: 7 à 6 Mk., 6 à 8 Mk., 1 9 Mk., 5 à 10 Mk., 14 à 12 Mk., 9 à 15 Mk., 2 à 16 Mk., 4 à 18 Mk., 2 à 20 Mk. Ferner sind angegeben 380 Hilfsarbeiter mit Löhnen von 5 bis 30 Mk. Im Accord verdienen 89 Hilfsarbeiter von 6—30 Mk. Unter die Hilfsarbeiter sind in Elberfeld und Plagwitz jugendliche Arbeiter mit eingerechnet. Die Wochenlöhne bei Arbeiterinnen betragen bei 11 à 6 Mk., 10 à 7 Mk., 18 à 8 Mk., 7 à 9 Mk., 5 à 10 Mk., 1 12 Mk.; 49 Arbeiterinnen verdienen von 7—13,50 Mk.; 49 Arbeiterinnen verdienen von 6—15 Mk.; genaue Angaben sind nicht gemacht.

Die Arbeitszeit im Gewerbe schwankt zwischen 57 bis 66 Stunden pro Woche. Die durchschnittliche Arbeitszeit ist bei Formstechern eine 60stündige. Von den 225 Formstechern arbeiten 10 à 57 Stunden, 10 à 59 Stunden, 188 à 60 Stunden, 5 à 63 Stunden, 1 64 1/2 Stunden, 5 à 66 Stunden. Die Arbeitszeit bei Maschinendruckern ist im Durchschnitt 60 Stunden und zwar arbeiten 7 à 59 Stunden, 86 à 60 Stunden, 11 bis 62 Stunden, 8 à 63 Stunden. Die Arbeitszeit bei Handdruckern ist im Durchschnitt 60 Stunden, es arbeiten 3 Handdrucker 56 Stunden, 11 à 57 Stunden, 9 à 58 Stunden, 18 à 59 Stunden, 208 à 60 Stunden, 1 61 1/2 Stunden, 2 à 62 1/2 Stunden, 8 à 63 Stunden, 8 à 64 1/2 Stunden. Die Durchschnittsarbeitszeit bei Hilfsarbeitern ist 60 Stunden und zwar bei 24 à 57 Stunden, 9 à 59 Stunden, 44 à 60 1/4 Stunden, 38 à 61 1/2 Stunden, 28 à 62 Stunden, 3 à 62 1/2 Stunden, 36 à 63 Stunden. Arbeiterinnen sind von den 30 Druckereibetrieben nur in 18 Betrieben vorhanden. In 6 Betrieben ist die Arbeitszeit der Arbeiterinnen geringer als die der übrigen Personen. Diese kürzere Arbeitszeit ist auf die Samstagarbeitszeit und der Tage vor den Festtagen zurückzuführen, wo bekanntlich die Arbeiterinnen die Fabrikräume um 5 1/2 Uhr verlassen müssen. Die Durchschnittsarbeitszeit der Arbeiterinnen beträgt 60 Stunden, es arbeiten 8 à 57 Stunden, 10 à 58 Stunden, 8 à 59 Stunden, 42 à 59 1/2 Stunden, 71 à 60 Stunden, 14 à 61 1/2 Stunden, 5 à 62 Stunden, 14 à 62 1/2 Stunden und 5 à 63 Stunden.

Welsch befürchten die Kollegen, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Löhne sinken und wo diese Befürchtung nicht herrscht, da suchen oft

noch die Unternehmer, oder auch volkswirtschaftliche Kurpfuscher den Arbeitern ein solches Resultat weiß zu machen. Wie sehr aber gerade das Gegenteil zutrifft, daß bei der kürzesten Arbeitszeit der Lohn am höchsten ist und wie bei längerer Arbeitszeit der Lohn immer mehr sinkt, wird der nachstehende Auszug aus der Statistik bemerken. Wir führen zunächst den Durchschnittslohn bei Formstechern auf, welche nach der Statistik nur im festen Wochenlohn arbeiten. Derselbe betrug:

Table with 2 columns: 60stündiger Arbeitszeit pro Woche and pro Stunde. Values range from 22,50 to 29 Pf. and 37,5 to 48 Pf.

Als weiteres Beispiel diene auch die Lohntabelle der Drucker, welche im Lohn und Accord arbeiten. Der Durchschnittsverdienst der Maschinendruker ist: Bis zu 57stünd. Arbeitszeit pro Woche Mk. 24,—, pro Stunde 42 Pf.

Table with 2 columns: 60stünd. Arbeitszeit pro Woche and pro Stunde. Values range from 23,— to 29,— Pf. and 39 to 48 Pf.

Die Feiertage erhalten ganz bezahlt ein Formsteher, 18 Maschinendruker, 17 Handdrucker, 59 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. In Berlin werden in einer Tapetenfabrik bei 6 Maschinendruckern, 1 Handdrucker, 8 Hilfsarbeitern und 14 Arbeiterinnen nur die Weihnachtstage bezahlt. In der Tapetenfabrik in Pöbboe werden nur den 3 Maschinendruckern die Feiertage bezahlt. In einer Holzwarenfabrik in Oberkognau werden nur einem Stecher die Feiertage bezahlt. In Wylau ist die Bemerkung gemacht, daß nur den „Angestellten“ die Feiertage bezahlt werden. Ueberstunden machen 139 Formsteher, also von den in der Statistik aufgeführten Formstechern etwa 62%. 69 Formsteher erhalten von diesen 139 einen Zuschlag für Ueberstunden bis 125% und zwar erhalten in Braunschweig 30 Formsteher 10% Zuschlag, in Einbeck 8 25%, in Hilbesheim 20 12—20%, in Lüneburg 11 10%. Von 412 Druckern machen 152 Ueberstunden. 13 Drucker erhalten einen Zuschlag für Ueberstunden und zwar 9 Maschinendruker in Plagwitz 10%, in Crefeld 3 Handdrucker 2%. Von 587 Hilfsarbeitern machen 312 Ueberstunden, davon erhalten in Plagwitz 31 einen Zuschlag von 10%, 92 Arbeiterinnen machen, von 178 in der Statistik aufgeführten, Ueberstunden, davon erhalten 5 in Crefeld einen Zuschlag von 2%. (Die weitere Uebersicht über Ueberstunden erfolgt später in der Tabelle.)

Sonntagsarbeit findet in 36 Betrieben gar nicht statt, von 4 Betrieben sind darüber keine Angaben gemacht. In einer Druckerei in Crefeld ist die Sonntagsarbeit mit „unbestimmt“ angegeben. In 5 Formstechereien wird Sonntags gearbeitet und zwar in Epenick eine Formstecherei, dort werden 4—6 Sonntage im Jahre mit 5—10 Stunden ohne Lohnzuschlag gearbeitet. In Eisenburg eine Form-

fiederei mit 7 Stechern, dort werden 10—12 Sonntage im Jahre mit 5—6 Ueberstunden ohne Zuschlag gearbeitet. In Harburg wird in 2 Formstichereien Sonntags ohne Zuschlag gearbeitet und zwar eine Stecherei mit 4 Stechern, an 13 Sonntagen mit je 5 Stunden, eine Stecherei mit 18 Stechern und 3 Hilfsarbeitern, an 15 Sonntagen mit je 4 Stunden. In Mülhhausen i. Lh. eine Stecherei mit 2 Stechern, 5 Sonntage im Jahre mit je 5 Stunden ohne Zuschlag. In Mydort ist eine Druckerel, in welcher ein Maschinenrunder und 25 Handrunder beschäftigt sind, dort wird Sonntags ohne Zuschlag gearbeitet. Wie oft und wieviel Stunden, das ist nicht angegeben. In Crefeld arbeiten in einer Druckerel 10 Hilfsarbeiter 5 Sonntage im Jahre, pro Sonntag 5 Stunden.

Nachtarbeit kommt in 42 Betrieben gar nicht vor, von 4 Betrieben sind keine Angaben gemacht. In den übrigen 2 Betrieben wird in einem und zwar in Berlin, mit 5 Maschinenrundern, 4 Hilfsarbeitern und 7 Arbeiterinnen, im Jahre ca. 15 Nächte und pro Nacht 10 Stunden ohne Zuschlag gearbeitet. Diese Angaben sind ganz präzise gemacht, es liegt somit eine Gefesgeüberretung vor, da bekanntlich Arbeiterinnen nachts, das heißt von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens, nicht beschäftigt werden dürfen. Nachtarbeit wird ferner noch gemeldet aus Harburg aus einer Stecherei mit 4 Stechern, 5 Sonntage im Jahre pro 2 Stunden im Durchschnitt.

Ueber Nachfeierabendarbeit, welche von den Stechern noch im Hause angefertigt wird, machten, von 32 Betrieben mit Stechern, 31 Angaben (ein Betrieb ohne Angabe). Von diesen 31 Betrieben machten in 16 die dort beschäftigten 88 Stecher keine Arbeit nach Feierabend zu Hause. In 15 Betrieben mit 132 Stechern wird nach Feierabend noch zu Hause gearbeitet und zwar in 6 Betrieben mit Druckerel, wo 37 Stecher arbeiten und in 9 Betrieben ohne Druckerel, wo 95 Stecher arbeiten. Es arbeiten nur zeitweise in der flotten Geschäftszeit in Crefeld ein Stecher, in Chemnitz 2 Stecher, in Ppehoe 8, in Wittenhorst 5 nach Feierabend ohne nähere Angabe des Verdienstes. In Dessau arbeiten ein Teil von den 16 beschäftigten Stechern 8 Monate lang im Jahre noch zu Hause; der Verdienst war nicht zu ermitteln. In Berlin arbeitet in einem Betrieb ein Formstecher in der Winterzeit nach Feierabend zu Hause; Verdienst nicht angegeben. In Braunschweig arbeitet ein Stecher regelmäßig nach Feierabend zu Hause ohne Zuschlag; Verdienst nicht angegeben. Ohne Zuschlag arbeiten nach Feierabend noch zu Hause: in Berlin 3 Stecher nur in der guten Geschäftszeit mit durchschnittlich 7 M. pro Woche; in Wylau 3 Stecher während der guten Geschäftszeit, pro Woche 20 M.; in Mülhhausen 2 Stecher in der guten Geschäftszeit bei 3 M. pro Woche; in Harburg 2 Stecher regelmäßig und 5 Stecher in der guten Geschäftszeit bei 5 M. pro Woche, 2 Stecher bei 3 M. pro Woche; in Eilenburg arbeitet ein Stecher vom Januar bis Juni zu Hause nach Feierabend bei 12 1/2% Zuschlag mit einem Verdienst pro Woche von 6—8 M., in Leipzig-Connewitz arbeiten 4 Stecher in der guten Geschäftszeit nach Feierabend zu Hause bei 20% Zuschlag mit einem Verdienst von 3 M. pro Woche; in Lüneburg arbeiten 11 Stecher in der Zeit vom Dezember bis März nach Feierabend bei einem Zuschlag von durchschnittlich 10% mit 3 M. pro Woche Verdienst.

(Schluß folgt.)

**Aolegen! Sammelt fleißig für die ausgesperrten Berufsgenossen!**

An Sammelgelder gingen ein vom 10.—16. Februar.

Berlin:

|                                     |     |       |
|-------------------------------------|-----|-------|
| Firma Wiesler (Lithographie)        | Mt. | 20,90 |
| " (Druckerel)                       | "   | 11,90 |
| " Böttner u. Co.                    | "   | 14,75 |
| " W. Hagelberg (Lithographie)       | "   | 48,—  |
| " (Druckerel)                       | "   | 24,—  |
| " Albrecht u. Weiser (Prägerel)     | "   | 7,10  |
| " Bloch u. Co.                      | "   | 2,05  |
| " Hermann u. Schmidt (Lithographie) | "   | 31,—  |
| " Sala                              | "   | 12,50 |
| " Weiland u. Bandwip                | "   | 10,15 |
| " Barndt                            | "   | 6,—   |
| " Jakob u. Braunsitz                | "   | 3,55  |
| " Wundlich u. Lange                 | "   | 12,05 |
| " Kuyner u. Berger                  | "   | 10,40 |
| " Weitenbach, Kiffarth u. Co.       | "   | 27,05 |
| " Senisch                           | "   | 6,75  |
| " Trostich (Lithographie)           | "   | 5,—   |

|                                     |     |        |
|-------------------------------------|-----|--------|
| Firma Hellriegel (Lithographie)     | Mt. | 3,80   |
| " Grassnik u. Hofmeister            | "   | 11,—   |
| " Habertern                         | "   | 8,55   |
| " Böng (Druckerel)                  | "   | 3,65   |
| " Lupe                              | "   | 5,30   |
| " Böhme (Druckerel)                 | "   | 12,55  |
| " (Prägerel)                        | "   | 6,85   |
| " Dobrin                            | "   | 10,75  |
| " Kühn u. Söhne                     | "   | 11,40  |
| " Gebr. Hellmann                    | "   | 6,—    |
| " Schäfer u. Scheibe (Lithographie) | "   | 15,05  |
| " " (Druckerel)                     | "   | 12,80  |
| " Köppen                            | "   | 10,35  |
| " Döllner                           | "   | 7,50   |
| " Uebel (Lithographie)              | "   | 7,—    |
| " Ariele                            | "   | 32,30  |
| Von der Volkszeitung                | "   | 29,40  |
| Kollege Hellmann                    | "   | 1,70   |
| " Meurer                            | "   | 4,55   |
| Summa:                              | Mt. | 453,65 |

**Von den übrigen Zahlstellen:**

|   |     |        |
|---|-----|--------|
| Augsburg  | Mt. | 10,—   |
| Aischerleben  | "   | 25,80  |
| Baupaen   | "   | 59,—   |
| Brandenburg   | "   | 25,—   |
| Cassel  | "   | 12,—   |
| Coblenz (inkl. 30 Pf. Senef. Broschüre)                                 | "   | 10,—   |
| Dresden   | "   | 100,—  |
| Hildesheim (inkl. Mt. 4.— von den Sonderbestrebungsmännern)             | "   | 6,—    |
| Jena  | "   | 11,62  |
| Iserlohn  | "   | 26,30  |
| Karlshöhe   | "   | 7,50   |
| Königsberg  | "   | 9,45   |
| Lüneburg  | "   | 8,70   |
| Lüneburg  | "   | 10,—   |
| Wannhelm von einer Kaution, veranstaltet v. Mitglieder d. Senef. Bundes | "   | 9,45   |
| Wünchen   | "   | 50,—   |
| Offenbach (inkl. Mt. 15.— Volkstasse des Senefelder Bundes              | "   | 30,—   |
| Würzburg  | "   | 30,—   |
| Summa   | Mt. | 440,82 |

Wilhelm Brall, Kassierer, Berlin N., Swinemünderstr. 4.

**Etwas vom „Teilen“.**

Die Uebersticht der Ergebnisse der Einkommen- und Vermögenssteuer, die der Finanzminister Miquel dem preussischen Landtage vorgelegt hat, enthält einige lehrreiche Zahlen, die überaus interessante Rückschlüsse auf die Verteilung des Vermögens und Einkommens, auf die Entwicklung des Vermögens von Arm und Reich gestatten. Wie ihn die kapitalistische Wirtschaftform geschaffen hat. Vor allem hat sich nach diesen Angaben der Ertrag der direkten Steuern, das heißt der staatlichen Einkommen und Vermögenssteuer, gegen das vorangegangene Steuerjahr um 22 1/2 Millionen erhöht. Die direkten Steuern ergeben jetzt 158 Millionen Mark. Aber ihnen steht allein für Preußen ein Jahreserträgnis von 400 Millionen Mark aus indirekten Steuern gegenüber, ganz abgesehen von den gewaltigen Ueberflüssen der Post-, Eisenbahn- und Domänenverwaltung, dem Unternehmerprofit, den der Staat aus der Mehrarbeit seiner Arbeiter gewinnt. Auch heute liegt also ungeachtet der Miquel'schen Steuerreform der weitaus größte Teil der Staatslasten auf den Schultern des Proletariats.

Nun aber, wer zahlt die 158 Millionen direkter Steuern? Alle jene, deren Jahreseinkommen wenigstens 900 Mark beträgt. Und das sind nach den offiziellen Angaben von den 31 1/2 Millionen des Königreichs Preußen nur 2 1/2 Millionen, demnach noch nicht 8 1/2 Prozent. Die Empfänger von mehr als 28 Millionen hatten weniger als 900 Mark. Wie viel weniger? Darüber sagt die Steuerstatistik nichts, für ihre Berechnungen sind nur jene vorhanden, die über 900 Mark jährlich einnehmen, das heißt als Steuerpflichtige sich einschreiben müssen. Aber wenn 900 Mark die obere Grenze bedeuten, so dürften 500 Mark als Durchschnittseinkommen der Proletarierfamilie noch eher zu hoch gegriffen sein. Und doch übersteigt aus diese Zahl noch weit aus das jährliche Einkommen des ostelbischen Landproletariats, der schlesischen Weber, der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen. Und wie erst die vielen Tausende, die eine lange Zeit des Jahres arbeitslos waren? Wieviel beträgt wohl deren Einkommen? Kurz, fast 92 Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens leben in dürftigen, davon wohl wieder ungefähr die Hälfte in nahezu bettelhaften Verhältnissen.

Und diese 92 Prozent, das sind die Proletarier, das ist das arbeitende Volk, das mit seiner Mühe und seinem Schwelz den Reichtum der anderen schafft. Diese anderen, die glücklich Besitzenden, in deren Interesse einzig und allein die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, wie sieht es mit ihnen? Darüber gewährt uns der offizielle Ausweis über die Ergebnisse der Vermögenssteuer einigen Aufschluß. Diese Steuer bezieht bei einem Vermögen von mindestens 6000 Mark. Und ein solches besitzen in Preußen bloß 3 1/2 Prozent der gesamten Einwohnerzahl. Insgesamt besitzt diese Handvoll Reichen 61 024 178 053 (61 Milliarden) Mark, das macht jetzt, daß auf jeden einzelnen im Volke — wollte man dieses Vermögen der Reichen unter die gesamte Bevölkerung Preußens aufteilen — auf jeden Mann, jede Frau und jedes Kind mehr als 2000 Mark entfielen, und wenn man die Familie zu fünf Personen rechnet, auf jede Familie mehr als 10 000 Mark! Durchschnittlich besitzen diese zur Ver-

mögenssteuer Herangezogenen je ungefähr 55 000 Mark, 3426 waren unter ihnen, die zwischen 1 und 2 Millionen besaßen, und 1786 hatten ein Vermögen von mehr als 2 Millionen. Der reichste Mann in Preußen ist Rothschild in Frankfurt a. M. mit 215 Millionen Mark Vermögen. Herr Krupp in Essen haben seine Kanonen ein Vermögen von 121 Millionen eingebracht. Die dritte Stelle nimmt ein Landbewohner bei Breslau mit 85 Millionen ein. — Im jährlich zu verzehrenden Einkommen steht der Kanonenkönig Krupp voran. Er hat jährlich 7—8 Millionen, Rothschild 6—7 Millionen, fünf Personen haben jährlich 2—3 Millionen zu verzehren, unter ihnen befindet sich auch König Stumm.

Diese offiziellen Angaben über die Vermögensverhältnisse in Preußen liefern also noch etwas mehr als den toffen, sündhaften Liederbruch, der zwischen der Lage der Millionen Arbeiter und der Hand voll Kapitalisten besteht. Sie nehmen gleichzeitig den Gegnern sogar den letzten, auf die bare Höhe aufgebauten Einwand gegen die Forderungen der Sozialdemokratie. Unsere Gegner behaupten, daß wir „teilen“ wollen, während wir in der That die Befreiung der Produktion von den Fesseln des Kapitalismus und damit die Erreichung eines ausreichenden, ja reichlichen Auskommens für jedermann anstreben. Aber nehmen wir einmal an, es wäre wahr, was die Gegner sagen. Die Gegner machen dann die Schlußfolgerung: Dadurch, daß das Vermögen der wenigen Vermögenden unter alle geteilt würde, wäre nur erreicht, daß die Armut das Los aller wäre. Denn teilt man den Reichtum der Reichen unter alle, so macht das für jeden nur einen winzigen Betrag aus. Und siehe, die offiziellen Angaben des preussischen Ministeriums legen genau das Gegenteil. Sie zeigen, daß im Falle der „Teilerel“ nicht ein winziger Betrag, sondern jeder Familie 10 000 Mark zu fallen würden. 10 000 Mark, Japperlot, wie viel, nicht bloß Arbeiter, sondern auch Bauern und Gewerbetreibende, würden wohl nicht dabei gewinnen, wenn sie statt ihres bisherigen „Vermögens“ 10 000 Mark bekämen. Und wohl noch mehr als 10 000 Mark, denn die ungefähre Berechnung zieht bei der allgemeinen Aufstellung bloß die Vermögen von mehr als 6000 Mark in betracht.

**Ein Jubiläum.**

Am 12. Februar waren 30 Jahre verflossen, seitdem das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für die Wahlen zum Reichstage in Deutschland eingeführt ist. Das Reichstagswahlrecht ist durch Bismarck zur Einführung gekommen, welcher darin die einzige Möglichkeit sah, die damals noch stark ausgeprägten partikularen Äußerungen der kleinrentlichen Reichsangehörigen mit dem Gedanken der Reichsübergerechtigkeit Preußens auszuheben und um zweitens ein Kampfmittel gegen den bürgerlichen Liberalismus zu haben, welcher anfing, ihm unbehagen zu werden. Der Vater des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts ist übrigens kein anderer als Ferdinand Lassalle; Bismarck war also nur der Volksthrone einer Idee, welche ihm zur Erreichung bestimmter Zwecke dienlich erschien. Doch geben wir hierüber dem „Vorwärts“ das Wort. Derselbe schreibt:

„Das sich Bismarck mit diesem (des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts) Gedanken so leicht vertraut machte, lag nicht an seiner Neigung zu einem erweiterten Volkstrecht, dem mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht ein neues und erweitertes Kampfmittel geboten war, als vielmehr darin, daß Bismarck in diesem Wahlrecht ein Kampfmittel geboten war, den bürgerlichen Liberalismus, der sich des Dreiklassen-Wahlrechts gegen ihn bemächtigt hatte, zur Strecke zu bringen. Daß nicht des bürgerlichen Liberalismus ein anderer mächtiger Feind den Oppositionskampf aufnehmen könnte, — ein Feind, dem er selbst schließlich mit Schimpf und Schande unterlegen sollte, das bedachte dieser große Staatsmann nicht, der nicht über den Tag hinaussehen konnte und so blind in die Falle tapse, die ihm der gemüthliche „Gutsnachbar“ gestellt hatte. Wie hoch der gewiegte Staatsmann auf den ideologischen Denker herabbliden, der das Proletariat zu emanzipieren, es auf die einzige Forderung, die des allgemeinen gleichen Wahlrechts, hinwies, die den ganzen Gehalt des Programms des allgemeinen deutschen Arbeitervereins bildete, aus dessen Verwirklichung alle anderen Forderungen als Konsequenzen hervorzugehen würden. Und wie Recht befehlt Bismarck dem Anführer nach. Was ihm den Lassalle'schen Vorschlag so einleuchtend machte, die Verwirklichung der liberalen Opposition, war spielend gelungen, und — mit der Sozialdemokratie, mit dem kleinen armen, noch dazu vielfach gespaltenen und zerstückelten Häuflein sollte Bismarck nicht fertig werden? Eine Thorheit, so was auch nur zu denken. Der am 12. Februar 1867 gewählte Reichstag brachte denn auch seinen Arbeiter-Vertreter in den Reichstag. Bebel wurde erst in der Stichwahl im Wahlkreise Glatzau-Kreuzen gewählt und zwar als Mitglied der sächsischen Volkspartei, der damals noch Dr. Goep in Lindenau (Deppenh-Goep), ebenso wie der Advokat Schrapz, der in U. immitzau gewählt wurde, angehörten. Zum 24. Februar wurde der Reichstag einberufen und am 17. April, nachdem er seine Aufgabe erfüllt und die Beratung beraten und angenommen hatte, nach Hause geschickt. Zum Gebirge erfolgten dann die Neuwahlen für den ersten und einzigen ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes. In diesen wurde außer Bebel auch Westphal, letzterer im Wahlkreise Stolberg-Schneeberg, gewählt, ferner Schwilger in Ubersied-Barmen, Dr. Reinte in Vennepe-Rettmann und der Kupferhändler Försterling in Chemnitz. Durch Nachwahl kamen noch in den Reichstag für Dr. Reinte, der das Mandat niederlegte, Augustin Frische, der spätere Berliner Abgeordnete, ferner in Freiberg-Deberan Fritz Reude und endlich in Duisburg Wilhelm Janzener. Die sozialdemokratische Partei wurde erst 1869 in Eisenach

gegründet. Schwelger hatte die Führung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins und bei der zweideutigen Stellung, die er einnahm, schien er fast ein willkürliches Werkzeug in der Hand Bismarcks zu sein. Die Kassalener bildeten auch nicht einmal eine einheitliche Organisation; gegenüber Schwelger hatten sich verschiedene Gruppen abgezweigt, die teils sich um Fritz Wende, teils um Frisbeje gruppierten, teilsweise auch die spätere Eisenacher Partei bilden halfen. Der deutsch-französische Krieg brachte die Sozialdemokratie in eine äußerst schwierige Stellung; doch das internationale Solidaritätsgefühl war schon erkrankt; Unruhe und Liebesmühen erhoben ihre Stimme und verjagten die Kriegsbewilligungen.

Unter dem Eindruck des Krieges fanden am 3. März 1871 die ersten Wahlen zum deutschen Reichstage statt; die Sozialdemokratie, die in zwei Fraktionen, die des allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Kassalener) und die der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher) auf den Wahlplatz trat, erzielte 101 927 Stimmen, wovon 62 952 auf die Kassalener und 38 975 auf die Eisenacher fielen. Nur den letzteren gelang es, einen Kandidaten, Nebel, in den Reichstag zu schicken.

Bei den nächsten Wahlen, am 10. Januar 1874, hatte die Sozialdemokratie es auf bereits 351 670 Stimmen gebracht, von denen 180 319 auf die Kassalener, 171 351 auf die Eisenacher fielen und die ersten 3, die letzteren 6 Wahlstimme erzielten. Da im Jahre 1875 die Einigung der Fraktionen auf dem Kongress in Gotha stattfand, wurden von nun an die Wahlkämpfe der Sozialdemokratie einheitlich geführt.

Die nächsten Wahlen fanden am 10. Januar 1877 statt und ergaben für die Sozialdemokratie 493 447 Stimmen und 12 gewählte Abgeordnete. Die nach Auflösung des Reichstages unter dem Einfluß der Antiklerikale Bewegung stattfindenden nächsten Wahlen am 30. Juli 1878 brachten einen kleinen Rückgang der sozialdemokratischen Wahlstimmen; diese betrugen 437 158 und 9 Wahlstimme. Die erste Periode des Sozialistengesetzes brachte einen weiteren Rückgang; bei den Wahlen am 27. Oktober 1881 wurden nur 311 962 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und 12 Abgeordnete gewählt. Von hier an bleibt der Fortschritt der Sozialdemokratie unaufhaltsam, trotz Sozialistengesetz und Kriegshege.

Die Wahlen ergaben:

|                     | Sozialdemokratische Stimmen | Abgeordnete |
|---------------------|-----------------------------|-------------|
| Am 28. Oktober 1884 | 549 990                     | 24          |
| Am 21. Februar 1887 | 763 128                     | 11          |
| Am 20. Februar 1890 | 1 427 298                   | 35          |

und endlich die letzten Reichstags-Wahlen am 15. Juni 1893 ließen die Wahlstimmen unserer Partei wachsen auf 1 786 738 mit 44 Abgeordneten, die durch siegreiche Nachwahlen auf 48 stiegen.

Als Bismarck sich für das allgemeine gleiche Wahlrecht entschied, rief er aus: „Floetere si nequeo superos Acheronta movebo.“ (Kann ich die oberen Götter [die Reichen und „Gebildeten“] nicht beugen, so will ich die Hölle [die Proletarier] in Bewegung setzen). Nun, mit den Göttern des Klassen-Wahlrechts gelang es ihm; das Proletariat, das auf den Kampfplatz trat, hat die liberale Opposition gebeugt und zerstückelt. Aber das durch das allgemeine Wahlrecht in Bewegung gesetzte Proletariat zu beugen, war nicht so leicht, als der „große Staatsmann“ sich einbildete. Im Gegenteil, die Kräfte der Arbeiterbewegung wuchsen stetig mit der Verfolgung. Das gleiche und allgemeine Wahlrecht geht verstimmt oder gar beseligen zu wollen, wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung des deutschen Reiches. An der Sozialdemokratie wurde die Schlaufe des Fürsten Bismarck zu schanden; er sitzt jetzt schamlos in Friedrichsruh und mag wohl jähnen, wie er dem Reichsmengen Hindernisse in den Weg legte, wie er seine Wagnisse unterminieren konnte; den Stein aber, den er ein blöder Höhr, auf Anraten Jähales zum Rollen gebracht, kann er nicht zum Halten bringen; über ihm ist er und seine Pläne gestürzt und zu Halle gebracht.

Generalversammlungen und Kongresse.

Die „Zeitschrift für Xylographen“, die jährlich acht Mal in Leipzig, Gerichtsweg 12, erscheint, bringt einen Bericht über den Kongress der Xylographen, der vom 22. bis 24. November 1896 in Berlin stattfand und dem wir folgen: entnehmen: Der Kongress war von 15 Delegierten aus 9 Städten besucht, worunter je ein Delegierter aus Wien und Zürich. Bei der Berichterstattung über die Organisation und die Zeitschrift wurde mitgeteilt, daß im Jahre 1874 ein Verband der Xylographen, sowie die noch heute bestehende Zeitschrift gegründet wurden. Die Verbandsgründung erfolgte auf dem ersten Kongress, der am 20. September 1874 in Koburg stattfand. Die erste Nummer der Zeitschrift erschien am 20. Oktober 1874. In Basel fanden weitere Kongresse 1876 und 1879 statt. Am 31. Januar 1888 löste sich der „Deutsche Xylographen-Verband“ infolge des Zutritts neuer Streiterklassen auf. Für Süddeutschland blieb ein Verband mit dem Sitz in Stuttgart bestehen. Die Mitglieder des in Braunschweig, Düsseldorf und Hamburg lösten sich auf, während in Berlin und Leipzig Lokalvereine gegründet wurden. In den letzten Jahren wurden weitere Lokalvereine gegründet. Eine Centralstelle für die gemeinsamen Angelegenheiten besteht nicht. Als solche könnte nur die von dem Ausschuss des Leipziger Vereins redigierte Zeitschrift gelten.

Der Kongress nahm auch jetzt davon Abstand, einen Verband oder eine Centralstelle zu schaffen und beschloß, die Frage der Centralisation erst nach Regelung der Vereinsgesetze zu entscheiden.

Die Berichte der Delegierten brachten es zu Tage, wie die Lage der Xylographen keineswegs eine solche ist, daß es sich nach den künstlerischen Anforderungen, die an

diese Arbeiter gestellt werden, sein müßte. Einige Delegierten äußerten trotzdem, daß eine größere künstlerische Ausbildung der Gebieter erfolgen müsse, weil dadurch die Lage der Arbeiter gebessert würde. Es wurden folgende Forderungen zur Durchführung empfohlen:

„Der Kongress der Xylographen des deutschen Sprachgebietes hält, um die Konkurrenz der photo-mechanischen Produktionsarten zu bekämpfen, die künstlerische Ausbildung der Kollegen für notwendig und empfiehlt, alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.“

Zur Wahrung der materiellen Interessen der Kollegenschaft hält er die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit, die Beschränkung der Lohndarbeit auf das Notwendigste und die Aufhebung der Sonntagsarbeit für notwendig.

Hält der Kongress auch die Durchführung des Zeitlohnes gegenüber dem Akkordsystem für vorteilhafter, so ist als vorläufig durchführbares Mittel zur Verbinderung unserer trübten Konkurrenzverhältnisse Festsetzung eines Minimalpreises für Zeitlohn und Festsetzung eines Minimalpreises für Stücklohn zu ersehen. Diese Forderungen sind auf dem Wege der gütlichen Vereinbarung mit den Prinzipalen durchzuführen, stellen sich dem Hindernisse entgegen, so sind alle jene Mittel in Anwendung zu bringen, welche nötig sind, um jenen Forderungen Geltung zu verschaffen.“

Die im Gewerbe stark eingetragene Hausarbeit soll befristet werden, weil sich dieselbe als ganz besonders geeignet erwiesen hat, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern und die Organisationsarbeiten zu erschweren.

Ferner wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß die Zahl der Lehrlinge beschränkt und für deren künstlerische Ausbildung gesorgt werde. Die Xylographie soll dadurch bekämpft werden, daß die Organisationspolyschnittarbeiten zu den Ausstellungen tendieren.

Die „Zeitschrift für Xylographen“ soll in Leipzig bestehen bleiben, doch wird beschlossen, sie monatlich erscheinen zu lassen. Im Laufe des Jahres 1897 soll eine Statistik über die Berufsverhältnisse der Xylographen veranstaltet werden. Die Leitung der Statistik soll von Berlin aus erfolgen. Für den nächsten Kongress wurde ein bestimmter Termin festgesetzt. Derselbe soll einberufen werden, wenn das Bedürfnis sich dafür einstellt.

Korrespondenzen.

Bern. Uedermann Nr. 2. Gerade so wie die deutschen Kollegen, so haben auch wir Erfahrungen mit einem Auktionshändler gemacht, welcher dieselben Manieren hat wie der bekannte Uedermann, und zwar ist dies der Maschinenmeister Herr. Barth aus Danks, gegenwärtig in Zürich beschäftigt. Nachdem derselbe in Lehr verhältnisse Kollegen mit mehr oder weniger großen Geldsummen hineingelegt und sich als einen behauenswerten Menschen hingestellt hat, entbißte er sich nicht die Leiden, die ihm ihr jauch verdienten Geld anvertrauten, hinterdrein noch schlecht zu machen, ja dieselben sogar bei der Volksgasse als Sozialdemokraten zu denunzieren. Unter den letzteren befindet sich ein Lithograph, Vater von 3 Kindern, dem er 111 Mark herauslockte und denselben zum Dank als Einzeldemokraten bei der Behörde denunzierte. Ähnliche Fälle sind es noch mehr, die uns veranlassen, diesem Herrn endlich einmal das Handwerk zu legen. In Montreux hat derselbe auch mehrere Kollegen angezogen, aber mehr noch in Bern, so z. B. unsern Vize-Präsidenten, der zugleich als Delegierter in London fungierte, auch von 3. als Delegierter empfohlen worden war, damit er ihm seine milde Hand öffne, und als dies geschehen und derselbe sein Guthaben zurückforderte, da zog 3. nicht nur unter der bishigen Kollegenschaft gegen ihn los, sondern er griff ihn sogar öffentlich in der „Gr. Br.“ betreffs seiner Thätigkeit in London an. Durch diese jedenfalls äußerst „noblen“ Handlungen soll sich endlich die Organisation genötigt, ihn aus dem Verbande auszuschließen. Nur noch einen erwähnenswerten Fall, es betrifft derselbe ebenfalls einen Kollegen, den er durch seine Mittel erregenden Vorpiegelungen zu einer nach Geleg und Recht betrügerischen Handlung, in Form einer Unterschrift auf einen Wechsel von 500 Franken hineinlegen konnte. Nachdem derselbe seine ungelegte Handlungswiese entdeckte und sich Schutz bei einem Anwalt suchte, wußte er demselben zum Dank dieser gewöhnlichen kollegialen Handlungswiese so auszuüben, daß er ihm bei seinem Prinzipale als einen Wähler und Heber denunzierte, so daß derselbe seine seit beinahe 10 Jahren innegehabte Stelle verlassen muß. Ähnliche Fälle behalten wir uns noch vor, wenn nötig zu veröffentlichen. — Bruderorgane sind um Abdruck ersucht.

Leipzig. In einer öffentlichen Versammlung der Lithographen und Steinbrüder, die am 9. Februar in der Flora tagte, hielt über das Thema: Die Kunst und die arbeitende Klasse, Genosse Wanzler Witzlich in seiner bekannten packenden Weise einen mit vieler Satire gewürzten Vortrag, der der Zuhörer bis zum Schluß festhielt, so daß ihm reichlicher Beifall wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Errichtung eines Bureaus, schilderte Kollege Lindner in längeren Ausführungen die Notwendigkeit, daß es im Interesse der Kollegen liegt, ein ständiges Bureau zu errichten und einen von den Unternehmern unabhängigen Kollegen einzusetzen, der seine ganze Kraft, sein ganzes Können und Wissen einzusetzen habe für die Verbesserung der traurigen Verhältnisse in unserem Beruf. Es gelte, für diesen Posten auch den richtigen Mann zu finden. Die vorgenommene Urabstimmung unter den organisierten Kollegen habe nach dem bis jetzt vorliegenden Resultat ergeben, daß sich 350 Kollegen für Errichtung eines Bureaus und Anstellung eines besoldeten Kollegen, sowie für Aufbringung der Mittel hierzu, und nur 36 Kollegen dagegen erklärt hätten, mithin sei die Mehrzahl der Kollegen zu der Ueberzeugung gekommen,

daß etwas gethan werden müsse, um die beruflichen Interessen besser wahrnehmen zu können, jedoch sollten die Kollegen nicht etwa denken, daß, nachdem ein Kollege angefeindet sei, mit einem Mal nun die Verhältnisse besser werden würden. Es sei notwendig, daß die genannten Kollegen einmütig hinter dem betreffenden Kollegen ständen und unentwegt dafür agitierten, daß sämtliche Kollegen für die Organisation gewonnen würden. An der diesen Ausführungen sich anschließenden Diskussion beteiligten sich in gleichem Sinne die Kollegen Mühlingshaus, Arnold, Graupner und Hirsch. Der Vorige will darüber abstimmen lassen, ob die Anwesenden zur Errichtung eines Bureaus z. ihre Zustimmung geben. Kollege Hesse protestiert dagegen mit dem Hinweis, daß dies lediglich Sache der organisierten Kollegen sei, da diese die Mittel dafür aufbringen müßten. Sein Antrag, die Abstimmung nicht vorzunehmen, wurde mit großer Majorität angenommen. Die Ansicht des Vorigen, daß nunmehr auch keine Vorarbeiten von Kollegen, die event. zur Wahl für den Posten empfohlen werden, erfolgen können, teilt die Versammlung nicht und werden vorgeschlagen die Kollegen Lindner, Mühlingshaus, Arnold, Richter und Schöp. Kollege Hesse empfiehlt dringend die Wahl des Kollegen Lindner; Kollege Richter bittet, ihn von der Liste zu streichen und empfiehlt ebenfalls die Wahl Lindners, der die volle Sympathie der Leipziger Kollegen besitze. Auch Kollege Mühlingshaus erhebt, von seiner Person abzulehnen, da es ihm in seinem jetzigen Arbeitsverhältnis aus möglich sei, für die Interessen der Kollegen, soweit es seine schwachen Kräfte erlauben, eintreten zu können. Die Wahl soll durch Urabstimmung der organisierten Kollegen erfolgen. Hieran berichtete Kollege Pfeifer an der Hand statistischen Materials über das Gewerbegericht und die bevorstehende Wahl der Gewerbegerichtsmitglieder. Er giebt bekannt, daß zwei Kandidaten nominiert werden könnten und empfiehlt, als Ergänzung einen Lithographen zu bestimmen. Als Kandidat wird in erster Linie der bisherige Vertreter Kollege Pfeifer wieder in Vorschlag gebracht, ein Lithograph ist nicht zu finden, und wird der Vorsitzende beauftragt, sich zu bemühen, einen Lithographen aufzuspüren zu machen, der als Kandidat aufgestellt werden kann. Der letzte Punkt, Bericht und Neuwahl der Gewerbegerichtsmitglieder konnte nicht zur Verhandlung gelangen, da der zum Bericht verpflichtete Kartelldelegierte, Kollege Hertlein, nicht erschienen war. Mit der Aufforderung zur regen Teilnahme an der Gewerbegerichtsmitgliederversammlung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sofingen. In der Versammlung am 6. d. M. fand in der bleibigen Zahlstelle u. a. „Die Berliner Lohnbewegung“ auf der Tagesordnung, veranlaßt durch die einseitigen Angriffe aus den Hauptvorhand. Die Versammlung protestierte nach eingehender Debatte energisch gegen derartige ungedachte Angriffe. Man war nicht der Meinung, daß der Hauptvorhand nun das Kartell sein soll, welches an allen Enden ist. Zu der Lohnliste, die so viel Staub aufgewirbelt hat, wurden in der Versammlung die Angriffe, welche von den verschiedenen Zahlstellen gemacht worden sind, einer scharfen Kritik unterzogen, indem, was die Aufstellung selbst anbelangt, ja diese keine richtige sei, jedoch mußte vor allem in Betracht gezogen werden, daß die Lohnliste nicht von einer einzelnen Person oder einem einzelnen Berufszweig gewissermaßen diktatorisch aufgestellt worden ist, sondern, wie das ja auch wohl selbstverständlich, von den betreffenden Branchen selbst nominiert sei und dann in dieser Weise von der Kommission eingereicht. Die Versammlung war der festen Ueberzeugung, daß man doch entschiedene Front dagegen gemacht hätte, wenn eine solche Diktatur vorhanden gewesen wäre, namentlich von den direkt Beteiligten, denn bis jetzt habe noch kein Wort von den Berliner Lithographen z. gegen die Lohnliste Front gemacht. Die Mitglieder der bleibigen Zahlstelle sind vielmehr der Meinung, daß jedenfalls in Berlin die Verhältnisse in den Privatlithographien verbunden mit der Interessenlosigkeit der Kollegen Schuld daran ist, daß derartige ungleiche Forderungen aufgestellt werden konnten. Was nun den unglücklichen Ausgang des Streiks anbelangt, so kann man doch entscheiden nicht dem Hauptvorhand die Schuld daran zurechnen, indem doch derselbe wohl nur das größte Interesse am Gelingen des Streiks haben konnte, die maßgebenden Faktoren sind wohl in anderen Ursachen zu suchen. Was des ferneren das Vertuschen anbelangt, so ist das bei derartigen Bewegungen etwas ganz selbstverständliches, denn wenn man bedenkt, mit welchen Mitteln das Unternehmertum kämpft, so sieht das zu solchen Verhältnissen, jedoch hätte erwartet werden können, daß die Vertrauensleute durch ungesährliche Berichte aufgeklärt worden wären. Alle bemängelten Umstände lassen sich aber sehr leicht erklären, wenn man nicht zu einseitig ist. Ein Faktor ist es aber besonders, welcher zum Vertuschen mitgewirkt hat. Wenn wir die Unterstützungs-Abrechnung durchsehen, so finden wir Zahlstellen mit über 100 Mitgliedern und mit einer sehr minimalen Unterstützung und wieder Zahlstellen mit 12 Mitgliedern, welche im Verhältnis das Doppelte gesteuert haben. Man muß sich also wundern noch derartige Angriffe zu lesen. Die Versammlung kam zu der Ueberzeugung, daß der Hauptfaktor wohl nur in dem Fehlen der Unterstützungsgeelder zu suchen sei, daran trage aber der Hauptvorhand keine Schuld. Einige Zahlstellen haben sehr wenig oder gar nichts gesteuert, dabei solche, die selbst vor nicht allzulanger Zeit im Streik waren, hier scheint man schnell vergessen zu haben, was das Wort Solidarität bedeutet. Wenn man überhaupt den Berliner Streik betrachtet, so scheint das Wort Solidarität nur ein Spielball gewesen zu sein und hat der Kollege mit dem Artikel „Solidarität“, unterzeichnet „Dixi“ den Nagel vollkommen auf den Kopf getroffen. — Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag zur Erhöhung der Beiträge um 5 resp. 10 Pf., an, derselbe sei hiermit zur Kenntnis der Mitglieder gebracht, die einzelnen Zahl-

stellen mögen zu derselben Stellung nehmen, damit event. eine Urabstimmung darüber herbeigeführt werden kann, jedoch, wenn wieder derartige Aktionen eintreten, die Laien gleichmäßiger verteilt werden und derartige beschränkende Zustände aufhören. Die Verammlung war sich wohl bewusst, daß dieser Antrag bei manchem Kollegen aus den ersten Augenblicken keinen Anhang finden wird, besser sei es aber einige „Papierkrieger“ weniger zu haben, wenn dafür die übrigbleibenden Mitglieder alle trübe Kämpfer desto fester stehen für unsere gerechte Sache, dann werden auch die unentschlossenen bald einsehen, daß sie auf unrichtigem Wege waren, denn nur auf diese Weise ist etwas zu erreichen und es braucht nicht bei jeder Gelegenheit der Ringelbeutel gleich herum zu geben. Mögen die Kollegen bedenken, daß wenn wieder ernste Zeiten an uns heran treten, unser „Ja“ zu den betreffenden Resolutionen auch blindes für uns sein muß. Wüßte auch dieser Antrag zum Wägen und Bedenken der Organisation mit beitragen und von dem einzelnen Zahlfestellen reichlich überlegt und diskutiert werden damit man einsehe, daß die Mitglieder der Zahlstelle Solingen nur das Wohl der Organisation damit im Auge haben.

**Stuttgart.** In der letzten Nummer unseres Fachorgans befindet sich unter Brandenburg ein ausführlicher Bericht über ein Referat des Kollegen Vorlich über den Berliner Streik und seine Lehren, worin mehrere Ausfälle gegen die Stuttgarter Kollegen gemacht werden. In der Hauptsache wird den Stuttgarter durch den „Feuerleiter“, den dieselben an den Tag gelegt haben sollen, fehlerhaftes Verhalten gegen den Plan des Hauptvorstandes vorgeworfen; dabei wird aber hinterdem anerkannt, daß wir den getragenen Zeitpunkt herausgesucht haben und daß deshalb auch unsere Forderungen durchgingen. Ja, warum haben denn die Berliner es auch nicht so gemacht? — Wenn die Stuttgarter sich nach den Berliner Muster und Anordnungen gerichtet hätten, dann hätten sie eben das gleiche Glücke erlebt und die Bismarcke, und zwar dann ganz gerechtfertigt, wären nicht ausgeblieben. Wir lassen deshalb die Hand ganz ruhig von der Kasse weg und sagen auch jetzt noch dasselbe, was wir in dem Artikel über die Berliner Lohnkatastrophe ausgesprochen haben: Das Vorgehen der Stuttgarter Kollegen war taktisch richtig und es war sehr zweckmäßig, die Bewegung selbständig und ohne Hinzunahme bestimmter Forderungen durchzuführen, ungeachtet der Klagen und Schwähnungen, die schon damals über uns ergingen und auch jetzt wieder in neuer Auflage erscheinen. — Daß wir genau erkannt haben, an was der Berliner Streik verloren ging, haben wir in unserem Artikel „die Unzulänglichkeit der Berliner Lohnkatastrophe“ vollumfänglich bewiesen. Dieser Artikel konnte in keiner Weise überlegt werden und sucht nun Kollege Vorlich uns von einer anderen Seite zu fassen, was aber sehr leicht auszuhandeln. Auch hatten wir das größte Recht, uns zu einer Mißbilligungsresolution „aufzuschwingen“ (sic!), da unser Vorgehen ein wohlüberlegtes war, ohne taktische Fehler, und sich vor dem Berliner Streik abgelehnt hat, wor also an den in Berlin gemachten Fehlern nichts ablesen konnten. Wenn Kollege Vorlich glaubt, einen Teil der Berliner Fehler auf das Konto der Stuttgarter Kollegen zu legen, so hat er kein Glück damit; derartige Anschuldigungen können jederzeit ruhig zurückgewiesen werden. H. Str.

**Verschiedenes.**

**Organisation der Eisenbahnangestellten.** Die bisher vergeblichen Bemühungen, die Eisenbahnangestellten und Arbeiter zur Organisationsgründung zu bewegen, begannen endlich Erfolge zu zeitigen. Ein in Dresden gegründeter Verein der Eisenbahnarbeiter der königlich sächsischen Staatsbahnen zählt bereits 1500 Mitglieder und hat auch schon durch eine Eingabe an die Generaldirektion der sächsl. Eisenbahnen versucht, die Lage der Eisenbahnarbeiter zu verbessern. In Hamburg hat der Vorstand der Fabrikarbeiter Veranlassung gegeben, daß auch die Eisenbahnarbeiter in Verammlungen zusammenzutreten und zur Gründung einer Organisation fomen. Es wurde der Verband der Eisenbahner Deutschlands“ gegründet, dessen Zweck und Ausdehnung in den folgenden Paragraphen des Statuts dargestellt ist: § 2. Der Zweck des Verbandes ist die allseitige Vertretung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen der Eisenbahner und soll erreicht werden durch: a) Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen; b) Pflege der Berufsaufstiege; c) Hebung des Standesbewußtseins und Förderung der geistigen Interessen durch Errichtung einer Bibliothek und Abhaltung von Vorträgen beruflicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Art, sowie Gründung einer in diesem Sinne geleiteten Zeitschrift. Ferner soll der Verband eine Pflanzstätte des geistigen Fortschritts der Berufsgenossen sein; d) Gewährung unentgeltlichen Rechtsaufweises in Berufsangelegenheiten; e) Schaffung von Unterstützungsvereinstellungen, die den Mitgliedern nach Maßgabe einschlägiger Bestimmungen Schutz und Beistand in den verschiedensten Lebenslagen gewähren. § 3. Dem Verbande können alle im Eisenbahnerberufe beschäftigten Personen ohne Ansehen der Dienststellung und aus allen Dienstzweigen, wie: Verwaltung, Station, Telegraphie, Witterabfertigung, Fahrplan, Bahnmeldestelle, Magazin, Werkstatt etc., mit den respektiven Unterabteilungen, beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Ausfertigung einer diesbezüglichen Erklärung und Anerkennung derselben durch den Verbandsvorstand. Unter Hinweis darauf, daß die Eisenbahner Englands, Frankreichs, der Schweiz und Österreichs bereits leistungsfähige Organisationen haben, werden die deutschen Eisenbahner in einem vom Vorstand erlassenen Aufruf zum Beitritt zur Organisation aufgefordert. Dessen Inhalt erkennen diese, daß auch für sie die Möglichkeit der Besserung der Lebensstellung in der Organisation liegt und werden durch Beitritt zum

Verbande ihre Interessen vertreten. Verbandsvorstandender ist: H. Bürger, Hamburg, Woltmannstr. 24.

**Welches sind die Voraussetzungen für die Erlangung der Invalidenrente?** Zwei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um einen Anspruch auf Invalidenrente geltend machen zu können. Es muß nämlich der Versicherte 1. dauernd erwerbsunfähig geworden sein, 2. eine Wartzeit von 235 Beitragswochen hindurch versichert gewesen sein. Dauern die Erwerbsunfähigkeit liegt nicht schon dann vor, wenn der Versicherte nach gewöhnlichem Sprachgebrauch erwerbsunfähig ist, sondern erst dann, wenn der Versicherte infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht mehr imstande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Vohnarbeit mindestens einen Betrag zu verdienen, welcher gleichkommt der Summe: eines Sechstels des Durchschnitts-Vohnsatzes (derselbe beträgt für Klasse I 300 Mk., für Klasse II 500 Mk., für Klasse III 720 Mk. und für Klasse IV 960 Mk.), nach welchem für ihn während der letzten 5 Beitragsjahre gerechnete Beträge entrichtet worden sind und eines Sechstels des 300fachen Betrages des nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes ortsüblichen Tagelohns für gewöhnliche Arbeiter des letzten Beschäftigungsortes, in welchem er nicht lediglich vorübergehend beschäftigt gewesen ist. Beispiel: Der Versicherte hat in den letzten 5 Beitragsjahren Beträge nach einem Jahres-Arbeitsverdienste von 800 Mk. geleistet. Der ortsübliche Tagelohn im Sinne des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes betrage 1,50 Mk., dann ist dieser versicherte Arbeiter erst dann im Sinne des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes erwerbsunfähig, wenn er nicht mehr als  $\frac{1}{6}$  von 720 Mk. (Durchschnittslohn seiner Lohnklasse) = 120 Mk. und  $\frac{1}{6}$  von 450 Mk. ( $300 \times 1,50$  Mk.) = 75 Mk., ins-gesamt 195 Mk. jährlich durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Vohnarbeit verdienen kann. Es genügt für das Erfordernis der dauernden Erwerbsunfähigkeit nicht, wenn er in seinem früheren Beruf diesen Satz von 195 Mk. nicht mehr verdienen kann. Vielmehr ist erforderlich, daß er in seinem Beruf diese 195 Mk. verdienen könnte, selbst wenn ihm Arbeitsgelegenheit geboten würde. Mangel an Arbeitsgelegenheit wird unberücksichtigt gelassen. Der dauernden Erwerbsunfähigkeit wird gleich-gerechnet, wenn ein Versicherte ein Jahr hindurch erwerbsunfähig (z. B. infolge Krankheit) gewesen ist. Die Wartzeit beträgt 235 Beitragswochen. Auf die Wartzeit kommt in Anrechnung: 1. Krankheit, wenn sie mit Erwerbsunfähigkeit verbunden war, mindestens 7 Tage gedauert hat und wenn sie weder vollständig noch bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechen noch durch jugendliche Beteiligung bei Schlägereien oder Kaufhändeln, noch durch Trunksüchtigkeit, noch durch geistliche Ausschweifungen zugezogen war; von der Krankheit kommt jedoch höchstens ein Jahr in Anrechnung, 2. militärische Dienstleistungen, mit Ausnahme der während Kriegsjahren freiwillig geleisteten. Die Krankheit muß bezeugt sein. Die erforderliche Bescheinigung ertheilen die Vorkrämer der Krankenkassen und für die Zeit über die Untertrügungspflicht hinaus die Gemeinden. Für die in Rechnung des Staatsbetriebes beschäftigten Arbeiter können die Bescheinigungen durch die vorgelegte Dienstbehörde ausgestellt werden. Die Länge der Wartzeit ist für die, welche in der Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1895 invalide geworden sind und mindestens 49 Wochen gelebt haben, etwas herabgesetzt. Der Anspruch auf Invalidenrente ist bei der unteren Verwaltungsbehörde des Wohnortes des Antragstellers anzubringen (das ist in Preußen in Städten von mehr als 10000 Einwohnern, sowie in den Städten der Provinz Hannover, für welche die rezidierte Städteordnung vom 24. Juli 1858 gilt, bei den Gemeindevorständen — Magistraten —, im übrigen bei den Landräten, in Hohenzollern bei den Ober-Amts-männern. Die unteren Verwaltungsbehörden für die übrigen 25 deutschen Vaterländer sind im Arbeiterrecht S. 189—191 aufgeführt).

**Pittlerarisches.**

**Ein Beitrag zur Geschichte der baugetverbliehen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung in Deutschland.** Von G. Deitte. Verlag der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands. Hamburg. Preis 30 Pf. Die Schrift behandelt eine der wichtigsten und doch noch wenig besprochenen Fragen der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, den Bauarbeiter-schutz. Sie beschäftigt sich hauptsächlich mit den Gefahren, welche für Bauarbeiter im Innenaubau vorhanden sind und durch offene Kofatsfeuer und nichtverglaste Fenster im Winterbau hervorgerufen werden. Sorgsam gesammelte Materialien liefern den Nachweis, daß eine Beteiligung der vorhandenen Mängel im Interesse der Bauarbeiter wie auch des Publikums liegt. Das Schriftchen enthält die Protokolle über die Verhandlungen, welche von einer Dresdener Bauarbeiterkommission im Reichstags-Lanzleramt und im Reichsversicherungsamt über die Frage geführt worden sind und giebt somit den Bauarbeitern davon Kenntnis, wie an diesen maßgebenden Stellen in der Angelegenheit gedacht wird. Es wird deshalb allen Bauarbeitern, und besonders den im Innenaubau beschäftigten, eine wertvolle Handgabe bei der Agitation zur Beteiligung der Mängel im Baugetverbe bieten. — In einer demnächst im gleichen Verlage erscheinenden umfangreichen Schrift wird in eingehender Weise die Unfallgefahr auf Bauten behandelt und die Möglichkeit ihrer Ein-sparung nachgewiesen werden.

**Briefkasten der Redaktion.**

**J. W., Solingen.** 20 Pf. Strafpotts bezahlt.  
**Z. M., Schweidnitz.** Das Recht, Mitglieder aus-zuschließen, steht lediglich dem Vorstand zu, Sie müssen also den Ausschluß des Str. beantragen.

**Briefkasten des Vorstandes.**

**H. W. 1561.** Nr. 5.— erhalten. Gruß & C.

**Adressen-Änderungen.**

**Mugsburg.** Bev. Adam Gilden, Lithogr., F 341 Altegaße.  
**Mühlhaffenburg.** Betr. Anton Schwab, Steindr., Riefenstraße 9 Mittags von 1—2 Uhr und abends von 7—8 Uhr.  
**Emmerich.** Bev. und K.-U. P. Franke, Steindr., Feldmarkt bei Westermann.  
**Fürth.** Bev. G. Fimper, Lith., Katharinenstr. 211.  
**Freiburg.** Betr. Alb. Bühler, Steidr., Kilmstr. 24. Mittags von 12—1 Uhr und abends von 7—8 Uhr.  
**Leitelsheim.** Betr. G. Joachim, Steidr., Frankenhäuser bei Crimmitschau.

**Fragekasten.**

Unter dieser Rubrik soll ein gegenseitiger Meinungs-austausch über technische und fachwissen-schaftliche Fragen herbeigeführt werden. Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung den weitgehenden Gebrauch, sowohl bezüglich der Fragestellung, als auch deren Beantwortung zu machen.

Frage: Wie erzielt man auf hartem Postpapier einen tadellosen Abdruck, z. B. Bechiel, Rechnungen, Briefköpfe, von der Maschine, ohne das Papier feuchten zu müssen? Antwort: Man äße den Umbruch mittelst des Brennäh-verfahrens hoch und nehme zum drucken eine mittelstarke, kurze Farbe. Der Stein zum Ueberdrucken darf nicht zu weich sein und besonders die Walzen nicht hart und glatt.

**Anzeigen.**

**Warnung!**

Nach Karau, Firma Müller & Trüb, ist der Bezug streng fernzuhalten, da ernste Differenzen zwischen Personal und Firma ausgebrochen sind.

Der Zentral-Vorstand des Schweizer Lithographen-Bundes.

**Bekanntmachung.**

In kurzer Zeit werden die Protokolle vom internationalen Kongress der Lithographen, Steindrucker etc. in London, August 1896, erscheinen. Diejenigen Kollegen, welche solche Protokolle wünschen, werden gebeten, möglichst bald zu bestellen, damit die Zahl der gewünschten Exemplare angegeben werden kann. Die Protokolle werden, nach Angabe der englischen Kollegen, pro Stück etwa 30 Pf. kosten. Bitte! Ich sammle die betreffenden Zahlstellen die Bestellungen und senden sie an den Unterzeichneten bis 25. d. M. ein.  
H. Schöple, Berlin, Neue Friedrichstr. 86 L.

**Tüchtige Chromo-Lithographen**

können bei mir sofort eintreten. Gute Bezahlung bei achtstündiger Arbeitszeit.

Freik. Vann, Fürth, Bayern.

**Gottlieb Hofmann aus Fürth**

wird Familienangelegenheiten wegen dringend abeten. Joh. Adam Hofmann, Optiker, Wasserstraße 211.

**Wir erluchen den Steindrucker**

**Max Stefan aus Dresden**

selben Verpflichtungen, die er in Gera hinterlassen hat, nachzukommen. Richard Freund, Bevollm. Hermann Freierrleben. Käff.

**Warnung!**

Der Lithograph Otto Strabel, Buch-Nr. 6514, geboren 24. Januar 1870 zu Deutsch-Witz, Kreis Würzburg, ist von hier nach Hinterlassung bedeutender Schulden und Nichtbezahlung eines Bauschusses beim C. H. Purlois verschwand. Die Kollegen allerorts werden vor diesem Herrn ganz besonders gewarnt. Mitteilung seines Aufenthalts wäre sehr erwünscht.  
Nebenstelle: Schweidnitz, J. A. C. Mühl, Betr.

**Für Steindrucker!**

**Effektvolle Neuheit!**

Autographisch vervielfältigte Schreibmaschinen-Schrift. Billiges Verfahren; zu Urtiteln u. s. w. vorzüglich geeignet, weil den Eindruck eines Originalbriefes machend. Anleitung gegen 60 Pf. in Marken.  
A. Semle, Aurburg a. D. (Bayern.)

**Die Erfindung der Lithographie**

durch Alois Senefelder.

Von Fr. Hansen. 4 Bogen. Preis 50 Pf. Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz-Verlag. Zu beziehen durch die Bevollmächtigten der Zahlstellen.

**Der Arbeitsnachweis**

des schweizerischen Lithographenbundes

beinhaltet sich bei Heinrich Küger, Steindr., Fürth III., Rotwandstraße 69, III., ebendasselbst Blattums-Zahlstelle. Zu treffen von 12—1 Uhr mittags und von 6—9 Uhr abends.